



Die Kostenuhr des Klimawandels läuft bereits



Noch sind die Kosten tragbar, um den Klimawandel zu vermeiden. Die Optionen sind klar: Mit einem drastischen Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Erschließung von Einsparpotenzialen und einer deutlich besseren Energieeffizienz auch bei fossilen Brennstoffen gibt es drei positive Effekte. Wir tragen zum Klimaschutz bei, verringern unsere Importabhängigkeit bei fossilen Energien und schaffen Beschäftigung im Inland. Erneuerbare Energien und energetische Gebäudesanierung sind bereits heute Jobmaschine und Exportschlager.

Der neue Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) ist zusammen mit dem sog. Stern-Report der jüngste Höhepunkt in einer Reihe von seriösen Studien zum Klimaschutz. Die Entwicklung ist dramatisch: Weltweit werden fünf von sechs Naturkatastrophen von Wetterextremen ausgelöst. Die Versicherungen auf der ganzen Welt registrieren eine drastische Zunahme der Schäden infolge solcher Katastrophen: Unübersehbar ist die Verdreifachung bedeutender Wetterkatastrophen innerhalb von vier Jahrzehnten. Die daraus resultierenden Schäden haben sich auf inzwischen 331 Milliarden US-Dollar sogar versechsfacht. Weniger spektakulär, aber deutlich gravierender sind die „schleichenden“ Auswirkungen des Klimawandels: Veränderungen beim Niederschlag wie z. B. der Trend zu längeren Trockenperioden im Sommer bedeuten „Klimastress“ für Mensch, Tier

Die Rufe nach Beendigung des Redens und Spekulierens werden lauter. Es sind längst Taten gefragt. Je weiter wir dies in die Zukunft verschieben, desto größer werden die Klimaschäden sein. Unsere Kinder und Enkel werden das bitter bezahlen müssen. Die Erwartungen an die Politik sind hoch: Wir müssen unsere Anstrengungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen deutlich verstärken. Die Akzeptanz in der Bevölkerung dazu ist da.

und Pflanzenwelt. Die Artenvielfalt ist davon unmittelbar betroffen. Augenfällig wird es u. a. in der Landwirtschaft: Die Ernteschäden nehmen zu.

Umso wichtiger ist es, dass wir handeln. Die Große Koalition hat sich darauf verständigt, die nationalen Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, wenn die Europäische Union insgesamt 30 Prozent Minderung anstrebt. Dies hat die Große Koalition im Deutschen Bundestag Ende letzten Jahres auf Initiative der SPD bekräftigt.

Die EU-Kommission hat jüngst ebenfalls erklärt, dass eine Minderung um 30 Prozent bis 2020 erforderlich ist. Dazu werden internationale Vereinbarungen im Anschluss an das bereits gültige Kyoto-Protokoll angestrebt. In der EU soll auch ohne solche Vereinbarungen eine Minderung um 20 Prozent umgesetzt werden. Die Politik für mehr Klimaschutz geht also in jedem Fall weiter – auch wenn andere Länder dem zunächst nicht folgen werden. Solche Nachzügler haben in verschiedener Hinsicht das Nachsehen: Sie versäumen den Zeitpunkt der kostengünstigen Anpassung, verpassen die Chancen der technischen Entwicklungen etwa bei Erneuerbaren Energien und der entsprechenden Chancen für Beschäftigung. Und schließlich wächst ihre Importabhängigkeit – und damit die Abhängigkeit vom Öl.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele fordern wir:

- > durch den Emissionshandel dazu beizutragen, dass wir unsere CO₂-Minderungsziele einhalten,
- > die CO₂-Emissionen im Verkehr u. a. durch Umsetzung der durch die Autoindustrie gegebenen Selbstverpflichtung zu reduzieren und dazu den angestrebten Grenzwert beim Flottenverbrauch bis zum Jahr 2012 zu erreichen,
- > noch in diesem Jahr ein Gesetz zur Förderung der Wärmeerzeugung auf Basis Erneuerbarer Energien auf den Weg zu bringen,
- > das Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung zu novellieren, es zu einem wirksameren Klimaschutzinstrument auszubauen und dadurch die bereits bestehenden Ziele zu erreichen,
- > einen aussagekräftigen Gebäudeenergiepass einzuführen,
- > einem Top-Runner-Programm auf EU-Ebene zum Durchbruch zu verhelfen,
- > die Steuerbegünstigung des klimaschädlichen Flugverkehrs in Bezug zu anderen Verkehrsmitteln abzubauen,
- > die Netze für leitungsgebundene Energien besser für neue, umweltfreundliche Kraftwerke zu öffnen,
- > die Klimaforschung auch auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zu konzentrieren,
- > den Aufbau einer internationalen Agentur für Erneuerbare Energien voranzutreiben und
- > im Zuge der Überprüfung des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung weitere Maßnahmen einzuleiten, um unsere mittelfristigen Klimaschutzziele tatsächlich zu erreichen.